

PERSPEKTIVEN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK PWP

ZEITSCHRIFT DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

HERAUSGEBER

Karl-Heinz Paqué, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (federführend)

Lutz Arnold, Universität Regensburg

Giacomo Corneo, Freie Universität Berlin

Karen Horn, Berlin

Regina T. Riphahn, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Friedrich Schneider, Johannes Kepler Universität Linz

Franz W. Wagner, Eberhard-Karls-Universität Tübingen



Das Gespräch

Carl Christian von Weizsäcker

„Wir leben in einem gänzlich neuen Zeitalter“

Ein Interview mit Carl Christian von Weizsäcker über das Klimaproblem, den demographisch bedingten Sparüberhang und die Staatsverschuldung, die Aufgabe der Ökonomen und das Paradigma adaptiver Präferenzen

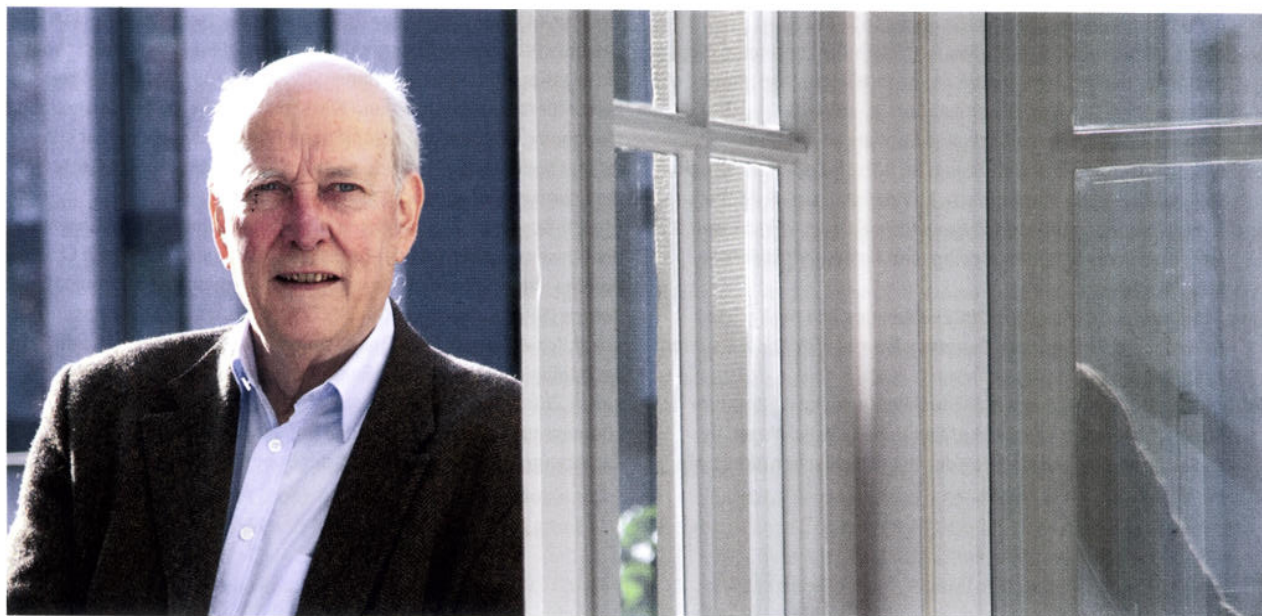
Carl Christian von Weizsäcker: Max Planck Institute for Research on Collective Goods, Bonn, E-Mail: ccwvzs@t-online.de

PWP: Herr Professor von Weizsäcker, was sind aus Ihrer Sicht die zentralen Herausforderungen der Wirtschaftspolitik?

Weizsäcker: Global nenne ich das Klimaproblem an erster Stelle. Wie können wir das Klima einigermaßen konstant halten und dennoch den Wohlstand der ganzen Welt befördern? Das ist einerseits ein analytisches Problem, weil wir nicht genau wissen, wie die Wirkungen einer Klimaveränderung sind. Wir wissen noch nicht einmal genau, welchen Beitrag wir leisten können, um das Klima zu stabilisieren. Andererseits handelt es sich hier vor allem um ein Problem der „Allmende“. Das Klima ist ein globales öffentliches Gut, die Wirtschaftspolitik hingegen wird primär national betrieben. Das muss aus meiner Sicht auch so

bleiben – aber damit besteht hier ein Spannungsverhältnis. Angesichts unserer mangelnden kognitiven Durchdringung des Problems ist es nicht einfach, dafür zu sorgen, dass sich die Menschen nicht irgendwelcher Ideologien bedienen, um ihre eigenen Interessen im Verhandlungsprozess durchzusetzen, mit der Folge von langfristigen Schäden.

PWP: Sie haben allerdings eine sehr dezidierte Kritik an der „Großen Transformation“ formuliert, also an der nicht zuletzt vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) geforderten radikalen Umkehr zu einer Welt ohne Nutzung fossiler Brennstoffe und ohne Kernenergie. Wie soll man denn Ihrer Meinung nach mit der Herausforderung des Klimawandels umgehen in einer Welt, in der selbst in Bezug auf die Klimamodelle noch große Unsicherheit herrscht? Alle staatlichen Weichenstellungen im ökologischen Bereich sind in aller Regel gigantische Subventionsprogramme und Eingriffe in die Markt-



wirtschaft. Wie stellen Sie sich einen rationalen, aufgeklärten Umgang mit dem Problem vor?

Weizsäcker: Ich bin da im Vergleich zu der großen Mehrheit derjenigen Ökonomen, die sich mit dieser Frage beschäftigen, vollkommen orthodox. Es muss Knappheitspreise für knappe Ressourcen geben. Die knappe Ressource ist in diesem Fall die Fähigkeit der Atmosphäre, Treibhausgase aufzunehmen, unter der Nebenbedingung eines stabil bleibenden Klimas. Man muss dafür sorgen, dass dafür bezahlt, wer Treibhausgase emittiert. Der Mechanismus dafür mag im Detail kompliziert sein. Aber es gibt einen ziemlich breiten Konsens, dass so etwas notwendig ist. Die Schwierigkeiten, auf die Hans-Werner Sinn hingewiesen hat, sind dabei allerdings auch durchaus real, wie zum Beispiel die Tatsache, dass die Besitzer der Rohstoffe diese auf jeden Fall verkaufen wollen. Deswegen wird selbst ein starker Effekt einer Bepreisung von Kohlendioxid-Emissionen durch einen gedrosselten Rohstoffpreis wieder teilweise konterkariert – aber immerhin: Rohstoffe zu gewinnen, kostet schließlich auch etwas. Wenn man die Rohstoffe verteuert und den für die Extraktion verbleibenden Preis reduziert, wird die Extraktion gedrosselt. Das ist die Lehre der intertemporalen neoklassischen Ökonomie. Und da sind sich die Wissenschaftler ziemlich einig.

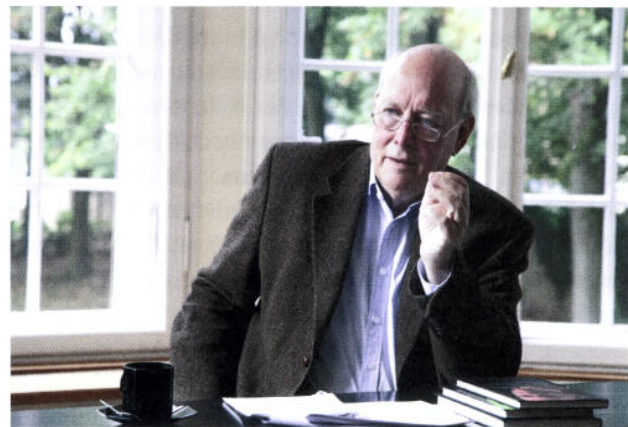
PWP: Im Grundsatz schon. Aber wenn man die Stern Review aus dem Jahr 2006 nimmt und auf der anderen Seite auch die Kritik von William Nordhaus und Partha Dasgupta und anderen, dann zeigt sich, dass alles davon abhängt, welche Diskontrate man wählt. Die Modelle sind, was die Umsetzung in eine konkrete Entscheidungsregel betrifft, überhaupt nicht robust. Wie soll man damit umgehen?

Weizsäcker: Da bin ich auf der Seite von Nicholas Stern. William Nordhaus, der an der Stern Review die niedrige Diskontrate kritisiert, verweist darauf, dass die Diskontrate des eingesetzten Kapitals in den traditionellen Wirtschaftsbereichen in der Nähe von 4 Prozent liegt. Diese müssten wir auch hier ansetzen, meint er. Das ist aus meiner Sicht ein analytischer Irrtum. In diesen 4 Prozent Rendite sind die ganzen Risikoprämien enthalten. Der risikofreie reale Zinssatz liegt heute schon bei null. Nach herkömmlicher Auffassung ist das ein vorübergehendes Phänomen der Krise und wird sich wieder ändern. Ich aber glaube, es wird sich nicht ändern; der natürliche Zins ist so niedrig. Und dann muss man die niedrige Diskontrate von Stern akzeptieren. Was übrigens der WBGU gemacht hat, der eine radikale Umkehr gefordert hat – das hat mit Stern nicht das Geringste zu tun. Er verwendet Sterns Analyse,

aber was er damit macht, ist etwas vollkommen anderes, als was Stern im Sinn gehabt hat.

PWP: Aus Stern folgt demnach nicht die „Große Transformation“, sondern eine vernünftige, traditionelle Kosten-Nutzen-Analyse, die aber bei relativ niedrigen Zinsen, die sich jetzt empirisch bewahrheiten, zu einer hohen Priorität der eingeschlagenen Maßnahmen gegen den Klimawandel führt.

Weizsäcker: Wobei der WBGU zu irreversiblen Korrekturen rät. Ich hingegen ziehe es vor, beim Reversiblen zu bleiben. Das sage ich nicht nur in Anlehnung an den Philosophen Karl Popper und dessen „Piecemeal engineering“, sondern schlicht deshalb, weil auf diesem Gebiet noch große Unsicherheit besteht. Wir wissen nicht, wie stark der Klimaeffekt der Emissionen ist. Wir wissen nur, dass es sich um eine logarithmische Kurve handelt; die Temperatur folgt dem Logarithmus des Treibhausgasgehalts linear. Jede Verdopplung des Kohlendioxid-Gehalts bedeutet mithin die Anhebung der Durchschnittstemperatur um denselben Betrag. Wenn wir beispielsweise von einem vorindustriellen Niveau des Kohlendioxid-Gehalts ausgehen und dieses verdoppeln, dann lässt sich der Effekt dieser Verdopplung abschätzen, sagen wir, auf einen Temperaturanstieg von zwei oder drei Grad. Wenn wir das Treibhausgas-Niveau dann noch einmal verdoppeln, es vom Ausgangsniveau aus gesehen also vervierfachen, dann müssen wir noch einmal denselben Temperaturbetrag zugeben, also noch einmal zwei oder drei Grad. Eine Vervierfachung der Treibhausgase führt dann zu einem Temperaturanstieg von vier bis sechs Grad. In diesem Zusammenhang steckt eine erhebliche Stabilität. Deswegen sollte man Maßnahmen so treffen, dass man sich an die neuen Erkenntnisse über die genaue Form der Kurve anpassen kann. Wir können heute noch nicht verlässlich sagen, ob der Kohlendioxid-Preis nun 20 oder 50 Euro je Tonne betragen sollte. Vermutlich liegt er nicht bei



100 Euro. Wenn wir freilich dem WBGU folgten, dann läge er bei 1000 Euro, um eine Phantasiezahl zu nennen. Das sind irrsinnige Politikempfehlungen. Der WBGU will die historisch bewährte Form unserer Demokratie umstülpen und verfassungspolitisches Neuland betreten. Das ist schon früher einmal versucht worden – mit fatalen Folgen. Wo bleibt da das Vorsichtsprinzip?

PWP: *Lassen Sie uns den Blick, was die zentralen Herausforderungen angeht, auf Europa richten.*

Weizsäcker: Hier ist zunächst einmal der Euro zu nennen. Viele Ökonomen sind heute der Ansicht, dass es ein Fehler war, die europäische Gemeinschaftswährung überhaupt einzuführen. Ein weiteres Problem im europäischen Zusammenhang ist die allgemeine demographische Entwicklung – eine Problematik, die allerdings von den wenigsten Wissenschaftlern und auch nicht von der Öffentlichkeit wirklich gut verstanden wird. Das liegt daran, dass in der heutigen Diskussion selbst ganz herkömmliche Ansätze der Kapitaltheorie nicht mehr vorkommen. Es gibt nur sehr wenige Leute, die dieses Instrumentarium noch beherrschen. Deshalb kommt es vielfach zu Fehlschlüssen.

PWP: *Sie spielen darauf an, dass mit der Alterung der Gesellschaft aus Vorsorgegründen immer mehr Kapital nach Anlagemöglichkeiten sucht.*

Weizsäcker: Ja. Der dritte Lebensabschnitt, jene Phase, in der die Menschen nicht mehr durch ihre eigene Arbeit Geld verdienen, hat mittlerweile eine Länge von zwanzig Jahren oder mehr angenommen. Für diese Zeit muss Vorsorge getroffen werden. In unserer westlichen Welt, mit einem Rechtsstaat, mit der Möglichkeit des Individuums, selber vorzusorgen, müssen deshalb während des Arbeitslebens vermögensähnliche Ansprüche in der Größenordnung des Gesamtkonsums in diesem dritten Lebensabschnitt angesammelt werden. Das ist ein enorm hoher Vermögensbildungswunsch. Es kommt hinzu, dass viele Leute auch noch Vermögen an ihre Kinder vererben wollen. Der gesamte Vermögensbildungswunsch entspricht in den reichen Ländern der Welt, also den Staaten der OECD und China, nach meiner Abschätzung 12 Jahren öffentlichen und privaten Konsums. Technisch ausgedrückt, ergibt sich also bei Prosperität ein Vermögens-Konsum-Quotient von 12 Jahren. Eine solche Menge anlagewilliges Geld bringt man allein in der Form von Realkapital nicht unter. Die Statistik zeigt, und kapitaltheoretisch ist das auch gut zu begründen, dass der Realkapital-Konsum-Koeffizient bestenfalls in der Größenordnung von 6 Jahren liegt. Wenn man auch immate-

rielles Kapital in Form einer Höherbewertung von Aktiengesellschaften und anderen Gesellschaften relativ zu ihrem Bilanzwert dazuzählt, ergeben sich maximal sieben Jahre, für die wir die Möglichkeit haben, unser Vermögen in realen Werten anzulegen. Es besteht hier also eine Lücke – jedenfalls dann, wenn wir ein System anstreben, in dem Vorsorge gelingt. Das setzt Preisstabilität voraus. Man könnte natürlich auch versuchen, eine Flucht in die Sachwerte zu generieren, sodass die Leute Immobilien mit einer negativen Rendite kaufen, wie das in Immobilienblasen immer wieder vorkommt. Das ist dann ein Symptom eines Scheiterns der Vorsorge. Die Leute bekommen dann nicht so viel wieder, wie sie angelegt haben. Wenn man das vermeiden will, muss man darüber nachdenken, wie man diese Lücke durch Staatsverschuldung füllt.

PWP: *Dass es einen Sparüberhang, eine „Savings glut“ gibt, ist einleuchtend. Bevor man nach mehr Staatsverschuldung ruft, besteht die traditionelle Lösung aber doch darin, Investitionsmöglichkeiten in ärmeren Ländern zu suchen. Spielt das für Sie keine Rolle? Oder funktioniert das nicht?*

Weizsäcker: Eine Rolle spielt das in meinem Denkmodell schon. Aber wir können nicht einfach voraussetzen, dass die institutionellen Voraussetzungen, die das neoklassische Modell der Verteilung von Kapital über die Welt implizit unterstellt hat, überall tatsächlich gegeben sind, auch in Russland und in der „Dritten Welt“. Diese Voraussetzungen sind in der Realität nicht gegeben. Niemand würde besonders gut schlafen, wenn er wüsste, dass die Hälfte seines Vorsorgevermögens im Kongo, in Äthiopien oder Somalia angelegt ist. Niemand wird sich der Illusion hingeben, dass die Risiken, die mit einer solchen Anlage einhergehen, dem Vorsichtsprinzip der eigenen Vorsorge entsprechen. Die armen Länder, in denen in der Tat Kapitalknappheit existiert, sind bisher institutionell nicht so aufgestellt, dass sie in den reichen Ländern auf eine Investitionsbereitschaft in einem für unsere Fragestellung relevanten, größeren Ausmaß treffen. Diese Länder sind als Outlet für die Kapitalanlage derzeit nicht brauchbar.

PWP: *Sie sehen keine Chance, dass sich das auf absehbare Zeit deutlich verbessert?*

Weizsäcker: „Absehbare Zeit“ ist ein dehnbare Begriff. Sicher nicht in den kommenden zehn Jahren. Hinzu kommt, wie wir am Paradebeispiel China sehen können, dass dort, wo der Übergang von der Armut in den Wohlstand in relativ kurzer Zeit gelingt, dies durch Exportüberschüsse und nicht durch Nettokapitalimport ge-

schiebt. Der Erfolg im Außenhandel stößt institutionelle Änderungen an, die dazu führen, dass es in einem zweiten Schritt auch Anlagesicherheit im rechtlichen Sinne gibt. Deshalb investieren mittlerweile sowohl westliche Unternehmen als auch Vermögensverwalter in China. Das Land hat durch den Warenexport die Tugenden der westlichen Marktwirtschaft gelernt. Das bedeutet, dass Netto-Kapitalexport in ein Land wie China keine Antwort ist. Wir müssen erst einmal als Abnehmer von Waren bereit stehen und die immateriellen Werte zur Verfügung stellen, mit deren Hilfe in solchen Ländern die institutionellen Vorkehrungen geschaffen werden, die notwendig sind, um später dort auch einmal Geld anlegen zu können. Man lernt die Tugenden der Marktwirtschaft durch den Export in die Länder mit marktwirtschaftlich operierenden Kunden. Alle empirische Erfahrung zeigt uns, welche enorme institutionelle Lernkurve der Export in reichere Länder auslöst. Diese exportieren ihren Wirtschaftsstil in die ärmeren Länder, indem sie jenen Märkte zur Verfügung stellen, indem sie Waren aus den ärmeren Ländern importieren. Dem gegenüber sind Geldspritzen in jene Länder, wie die Entwicklungshilfe zeigt, fast immer kontraproduktiv.

PWP: *Es gibt also ein historisches Auseinanderklaffen zwischen dem Erfolg eines neomerkantilistischen Wachstums in den ärmeren Ländern und der Schaffung von sicheren Anlagen. Diese Diskrepanz wird über einen langen Zeitraum ein Ungleichgewicht schaffen. Dass sich das in zehn Jahren nicht reguliert, ist einzusehen. Aber wenn wir über einen längeren Zeitraum gehen, über eine Generation, über dreißig, vierzig Jahre, dann ist es eine Frage der politischen Spekulation, was in diesen Ländern passiert. Sehen Sie denn wirklich keine Chance, dass sich die Diskrepanz reduzieren lässt?*

Weizsäcker: Die UNO prognostiziert ein Ende des globalen Bevölkerungswachstums in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts. In den reichen Ländern haben wir den demographischen Wandel schon hinter uns, ebenso wie in China, dort stark beschleunigt durch die „Ein-Kind-Politik“. Falls die anderen Länder, die keine solche Politik durchsetzen, nun ebenfalls reich werden, wird auch dort der demographische Wandel eintreten, der sich heute schon andeutet. Dann wird sich auch ihnen das Problem der Vorsorge stellen. Schauen Sie auf das rasante Wachstum der Lebenserwartung in den Ländern der Dritten Welt im Verlauf der letzten Jahrzehnte.

PWP: *Das ist gleichsam die Kehrseite der Medaille der Industrialisierung.*



Weizsäcker: Richtig. Die industrielle Revolution ist dem demographischen Wandel vorausgegangen. Dann hat der demographische Wandel die wirtschaftliche Entwicklung allmählich eingeholt. Und jetzt befinden wir uns in einem gänzlich neuen Zeitalter, in dem Sinn, dass nun systematisch eine solche Vorsorgelücke entsteht.

PWP: *Wenn die ärmeren Länder also nicht die Lösung bringen, muss nach Ihrer Auffassung der Staat Anlagemöglichkeiten schaffen, indem er sich verschuldet. Deshalb ist es in Ihrer Sicht auch ein Fehler, undifferenziert darauf zu dringen, dass möglichst alle Länder ihre Verschuldung abbauen. Sie unterstellen dabei, dass nicht nur das Ausland, sondern auch das Inland das Sparkapital nicht absorbieren kann, weil es – eine weitere Prämisse in Ihrer Theorie – im privaten Bereich keine genügend rentablen Investitionsmöglichkeiten gibt. Sie unterstellen, dass nichts verdrängt wird, zumindest nichts, was volkswirtschaftlich von Gewicht wäre. Es gibt kein „Crowding out“.*

Weizsäcker: Jetzt kommen wir zur Kapitaltheorie. Eugen von Böhm-Bawerk hat in seinem Werk „Kapital und Kapitalzins“ vor 125 Jahren drei Gründe für die Minderschätzung künftiger Güter relativ zu gegenwärtigen Gütern angegeben. Auf der Seite des Kapitalangebots findet man da die Idee, dass man zwar durch Vorratshaltung gegenwärtige Güter in künftige umwandeln kann, aber nicht umgekehrt. Dieser Grund ist nicht triftig, denn es gibt Kosten der Vorratshaltung. Außerdem gibt es aber die Ungeduld der Menschen – das, was Irving Fisher später „Time preference“ genannt hat. Das ist richtig, so etwas gibt es. Aber dieser Grund für die Minderschätzung künftiger Güter fällt nicht so stark ins Gewicht im Vergleich zum starken Bedürfnis der Menschen, mehr künftige Güter relativ zu gegenwärtigen anzusammeln. Sie tun dies wegen der langen dritten Lebensperiode, angesichts der heutigen Demographie, die zu Böhm's Zeiten noch nicht galt. Außerdem wird

die „Time preference“ eingedämmt durch das Zwangssparen in der gesetzlichen Rentenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung. In dieser Hinsicht muss man Böhm-Bawerk aus heutiger Betrachtung korrigieren. Auf der Kapitalnachfrageseite findet sich bei ihm dann noch ein weiterer Grund für die Minderschätzung künftiger Güter relativ zu gegenwärtigen: sein Gesetz der Mehrergiebigkeit von längeren Produktionsumwegen. Das ist von vielen Ökonomen so interpretiert worden, als gebe es keine Grenzen für diese Mehrergiebigkeit. Die gibt es aber durchaus.

PWP: *Und was, wenn man die Kapitalintensivierung der Produktionstechnologie immer weiter erhöht, auch vor dem Hintergrund, dass angesichts der Demographie allmählich die Arbeitskräfte knapp werden? Man könnte ein Szenario entwerfen, in dem das extrem billige Kapital genutzt wird, um die alternde Bevölkerung mit einem immer besseren Kapitalstock auszustatten, um so den Fortschritt in genau diese Richtung zu lenken und doch noch private Investitionsmöglichkeiten zu schaffen, die einen sozialen Ertrag haben.*

Weizsäcker: Das ist die These der niemals endenden Mehrergiebigkeit der längeren Produktionsumwege. Ich halte diese These für falsch. Ich recurriere auf die Physik, genauer gesagt auf den zweiten Hauptsatz der Thermodynamik. Ein Gebäude beispielsweise ist nur solange nützlich, wie man es in Stand hält. Man muss Erhaltungsaufwand betreiben. Wenn der zusätzliche Effekt auf die Bruttoarbeitsproduktivität durch eine bessere Raum- und Maschinenausstattung des einzelnen Arbeitnehmers so klein wird, dass der zusätzliche Erhaltungsaufwand überwiegt, dann steigt die Nettoarbeitsproduktivität nicht mehr. Und beim Wohnungsbau: selbst wenn ein Facharbeiter sich Geld zum Nullzins leihen könnte, würde er sich kein Schloss kaufen – wegen des hohen Aufwands für die Instandhaltung.

PWP: *Reduziert sich nicht auch dieser Erhaltungsaufwand bei der Art der Technologie, die wir in der Zukunft haben werden? Computer beispielsweise haben schon jetzt nicht allzu hohe physische Abschreibungsraten im Vergleich zu den Maschinen aus der Zeit der Hochindustrialisierung. Wir erleben doch eine Veränderung der technischen Charakteristika des Kapitalstocks. Hilft uns der zweite Hauptsatz der Thermodynamik an dieser Stelle tatsächlich weiter? Gibt es nicht doch noch beträchtliche Möglichkeiten, zumindest die Grenzen hinauszuschieben?*

Weizsäcker: Bleiben wir beim Beispiel der Informationstechnologie (IT). Durch das enorme Tempo des Fort-

schritts in dieser Branche nimmt die Kapitalbindung ab, nicht zu. Das sieht man auch an den erfolgreichen Unternehmen dieser Branche; die haben allesamt riesige Cash-Reserven. Die wissen gar nicht, wohin mit ihrem Geld. Apple beispielsweise ist einer der größten Kapitalanbieter der Welt. Apple braucht natürlich auch Betriebskapital, verdient jedoch so viel, dass das Unternehmen das aus den eigenen Erträgen spielend gewinnt. Mit dem Rest werden amerikanische Staatsanleihen gekauft. Gerade der Übergang zu einer immer stärker dematerialisierten Wirtschaftsform reduziert den Kapitalbedarf. Anders gewendet: Das unternehmerische Risiko ist gerade wegen des Tempos der technischen Entwicklung enorm gestiegen; allzu schnell zieht ein Konkurrent an Ihnen vorbei. Man denke nur an den Fall Nokia. Vor wenigen Jahren noch der führende Anbieter in der Mobiltelefonie, ist Nokia heute in großen Schwierigkeiten und verkauft sein Mobiltelefongeschäft für kleines Geld. Das Unternehmen hat den Trend verschlafen, den die Konkurrenten Samsung und Apple vollzogen haben. Bei einem solch hohen Risiko muss es auch riesige Risikoprämien geben. Die Return-Periode von Investitionen in der IT-Branche ist auf wenige Jahre geschrumpft. Heute müssen sich dort Investitionen binnen zwei Jahren auszahlen. Es gibt gewisse Ausnahmen in der Komponenten-Herstellung, wo die Kapitalbindung stärker ist, aber im Vergleich zum Gesamtgeschäft ist das unbedeutend. Gerade der Wandel in der Wirtschaftsstruktur, Stichwort Dienstleistungsgesellschaft, fördert diesen Trend. Die Dienstleistungsunternehmen – mit wenigen Ausnahmen, zum Beispiel im Verkehr – sind deutlich weniger kapitalintensiv als das produzierende Gewerbe. Und der Anteil des produzierenden Gewerbes an der Wertschöpfung geht in der ganzen Welt ständig zurück.

PWP: *Es gibt mithin tatsächlich kein Crowding out.*

Weizsäcker: So ist es. Knut Wicksells Bezeichnung folgend: der „natürliche Zinssatz“ liegt heute in der Nähe von null und wird dort bleiben, es sei denn, der Staat verschulde sich enorm. Wenn wir dabei bleiben, dass wir Preisstabilität haben wollen, kann der Gleichgewichtszinssatz nicht unter null sinken. Hätten wir keine Staatsschulden, wäre der natürliche Zinssatz negativ. Dann bedeutet eine zusätzliche Staatsverschuldung ja nur, dass man von einem negativen Zins zu einem Nullzins kommt. Somit kann es im vernünftigen Sinne des Wortes kein Crowding out von volkswirtschaftlich nützlichen Investitionen geben. Das wäre erst dann gegeben, wenn der natürliche Zinssatz wegen hoher Staatsverschuldung positiv wäre. Das entspricht nicht der heutigen Realität im Weltkapitalmarkt.

PWP: *Doch wenn der Staat Kredite aufnimmt, legt er sich das Geld nicht unters Kopfkissen, sondern er macht etwas damit. Er gibt es aus, steckt es in die soziale Sicherung, investiert es. Er muss auf jeden Fall über die Verwendungsrichtungen entscheiden, in die er das Geld fließen lässt. Sind das alles Aktivitäten, die soziale Sicherung inklusive, die sich nicht privatwirtschaftlich organisieren lassen?*

Weizsäcker: Im Prinzip ist das schon möglich. Aber wir haben hier im Land nun einmal eine lange Tradition des Zwangssparens, begonnen zur Zeit der Kathedersozialisten vor anderthalb Jahrhunderten. Das eine Axiom ist, dass wir einen Rechtsstaat haben. Rechtsstaat bedeutet Individualisierung. Ansprüche sind immer Ansprüche einzelner Personen. Das verbindet sich mit einem zweiten Axiom, nämlich dass die Gemeinschaft bis zu einem bestimmten Punkt dafür sorgt, dass niemand Not leidet. Es muss dabei ein Anreiz erhalten bleiben, sich nicht komplett von der Gemeinschaft durchfüttern zu lassen. Also: Vorsorge besteht aus individuellen Ansprüchen, und der Staat ist dennoch verpflichtet, niemanden verhungern zu lassen. Die individuellen Ansprüche kommen dabei entweder zustande, indem man sie freiwillig aufbaut, oder man wird dazu gezwungen. Realistischer Weise bedarf es des Zwangs zur Vorsorge in der Form der gesetzlichen Rentenversicherung, um das Paradebeispiel zu nehmen. Dieses Modell ist mehr oder weniger auf die ganze OECD-Welt übertragen worden; auch China führt es ein.

PWP: *Ist es gleichgültig, wofür der Staat das aufgenommene Geld ausgibt?*

Weizsäcker: Die Frage, ob der Staat Banken halten soll oder ob er Gebühren für die Straßenbenutzung verlangen darf, ob er das Schulwesen in die eigenen Hände nimmt, ist von meiner Theorie unabhängig. Das ist eine Entscheidung für sich.

PWP: *Anders gefragt: Was soll der Staat mit dem Geld machen, das er aufnimmt, wenn er den Sparüberhang absorbiert?*

Weizsäcker: Vor allem die Steuern senken. Der Staat erhebt heute, wenn man die Beiträge zur Sozialversicherung hinzurechnet, einen Anspruch an das Volkseinkommen in einer Größenordnung von beinahe der Hälfte. Wenn der Zins null ist, es aber weiterhin ein Wachstum gibt, kann der Staat seine Schulden im Ausmaß des Wachstums erhöhen. Diesen Zuwachs an Verschuldung muss er dann aber nicht für den Zinsendienst einsetzen. Er erzielt aufgrund seiner Schulden einen Überschuss,

den er durch eine Steuersenkung kompensieren kann. Im Übrigen gibt es angesichts der herrschenden Meinung, dass sich der Staat nicht verschulden soll, auch durchaus einen Kapitalbedarf für öffentliche Investitionen. Wenn sich Deutschland stärker verschulden würde, könnten wir beispielsweise die Verkehrsinfrastruktur verbessern.

PWP: *Also gibt es gesamtwirtschaftlich betrachtet doch noch sinnvolle Investitionsmöglichkeiten? Und warum ist damit der Staat am Zuge, nicht die Privatwirtschaft?*

Weizsäcker: Weil das nur vorübergehend funktioniert. Man kann sich in der Tat gut vorstellen, dass die Straßen durch Privatinvestoren gebaut, betrieben und gewartet werden. Aber wenn genügend Straßeninfrastruktur da ist, dann verdienen die Straßenbauer irgendwann nicht mehr genug.

PWP: *Es sind eigentlich zwei ganz unterschiedliche Fragen, um die es hier geht, eine makroökonomische und eine ordnungspolitische. Die makroökonomische betrifft das fundamentale Ungleichgewicht von Ersparnis und Investitionsmöglichkeiten. Da kann man allerdings noch ein wenig dran herumbasteln; auch die von Ihnen vorgeschlagene zusätzliche Staatsverschuldung ist nur ein Versuch, das Problem in den Griff zu bekommen. Die ordnungspolitische Frage lautet dann, wie man das Ganze organisiert, und ob der Kapitalbedarf, wenn er dann noch da ist, von Privaten oder vom Staat kommt.*

Weizsäcker: Das möchte ich gern korrigieren. Staatsverschuldung ist nicht nur eine vorübergehende, sondern eine dauerhafte Lösung des Problems. Das ist wichtig, das muss man verstehen. Ich habe ja schon die Rechnung aufgemacht. Wir brauchen mindestens 12 Jahre jährlichen Konsums als Vorsorgevermögen, aber höchstens sieben Jahre als Bindung des Vermögens in Form von Realkapital sind möglich – das sind zwei Größen, zwischen denen eine Lücke von fünf Jahren besteht. Wir haben faktisch schon jetzt, die nach dem Umlageverfahren finanzierte Rentenversicherung und analoge Leistungen für die Zukunft in der Krankenversicherung als Staatsschulden mit eingerechnet, eine Staatsverschuldung von fünf Jahren jährlichen Konsums, gemittelt über alle Länder der reichen Welt, die diese Lücke füllt.

PWP: *Dann ist doch aus Ihrer Sicht alles gut?*

Weizsäcker: Zumindest kann ich im Moment nicht abschließend sagen, ob wir in der OECD und in China

genug Staatsschulden haben oder nicht. Eigentlich muss man sowieso eine Größenordnung kleiner rechnen; praktisch wird das Ganze eine Frage der Konjunkturpolitik. Wenn eine Krise herrscht wie im Jahr 2009, dann werden Konjunkturprogramme aufgelegt, die im Wesentlichen auf Staatsverschuldung hinauslaufen; und wenn es wieder besser geht, baut man sie wieder ab. Soweit, so gut. Mein Denken soll nur dazu dienen, die rein negative Betrachtung der Staatsverschuldung ein wenig aufzulockern. Aber natürlich kann es in einzelnen Ländern auch eine zu große Staatsverschuldung geben, wie zum Beispiel aktuell in Griechenland oder in Italien. Dabei ist „zu groß“ bei der Staatsverschuldung nicht an einer universell gültigen Schwellenzahl fest zu machen. Bei einem Kapitalmarktzinssatz von Null, wie von mir für die Zukunft prognostiziert, ist die Schuldentragfähigkeit Deutschlands oder der Schweiz wesentlich höher als die Griechenlands oder Italiens. Denn Deutschland und die Schweiz haben ein sehr effizientes System der Steuereintreibung. Das fehlt zum Beispiel den Griechen, sodass sie im Gegensatz zu Deutschland dem Kapitalmarkt nicht entgegenhalten können: „Wenn's eng wird, erhöhen wir einfach die Steuern“.

PWP: Also ist Ihre Theorie kein Argument gegen die Schuldenbremse?

Weizsäcker: Doch. Eine Schuldenbremse ist viel zu inflexibel. Sie steht unabhängig davon in der Verfassung, wie hoch die Verzinsung der Staatsanleihen ist. Eine vernünftige Staatsschuldenvorschrift muss unbedingt den jeweiligen Weltmarktkapitalzinssatz mit einbeziehen. Das ist ganz entscheidend. Diese Zinseffekte sind im einzelnen Jahr vielleicht klein. Ob die Schulden nun zu null oder 2 oder 4 Prozent verzinst werden, das lässt sich innerhalb eines Jahres durchaus verkraften. Aber wenn man den Zinseszinsseffekt berücksichtigt, sind damit erhebliche Unterschiede verbunden.



PWP: Ein kognitives und ein motivationales Argument sprechen trotzdem für die Schuldenbremse. Dass sich Politik ein solches differenziertes Bild von der globalen Entwicklung macht, wie es Ihnen unerlässlich scheint, ist zum einen ziemlich viel verlangt. Kann die Politik diese komplexen Zusammenhänge richtig erfassen? Die Schuldenbremse ist als einfache Regel immerhin praktisch in der Handhabung. Zum anderen ist sie Ergebnis des verbreiteten Gefühls in der Bevölkerung, dass wir die Staatsverschuldung nicht unter Kontrolle bekommen, und dass sich deshalb die Politiker die Hände binden müssen. Dieses Gefühl gibt es nicht ohne Grund. Die Staatsverschuldung ist in der Tat im Trend enorm gewachsen ist.

Weizsäcker: Wir glauben an die Marktwirtschaft. Aber was heißt das eigentlich? Wenn wir sagen, dass wir den Staat aus kognitiven und motivationalen Gründen binden müssen, ist die implizite Vorbedingung dieser Forderung immer noch, dass das, was wir da vorschlagen, am Ende funktioniert: Die Weltwirtschaft geht dadurch nicht zu Bruch; wir kommen dadurch nicht in eine große Depression. Das aber stelle ich eben in Frage. Damit befinde ich mich in der Tradition von John Maynard Keynes, der in den dreißiger Jahren ähnlich argumentiert hat, allerdings ohne kapitaltheoretische Fundierung. Man schreibt Grundrechte in die Verfassung. Das macht man sinnvollerweise sehr vorsichtig. Man darf keine Grundrechte in die Verfassung schreiben, die das Gesamtfunktionieren des Staates außer Kraft setzen. Was in der Verfassung steht, aus welchem historischen Grund auch immer, seien es Grundrechte oder Schuldenvorschriften, gilt immer unter der impliziten Generalklausel, dass das Ganze funktioniert. Es hat keinen Sinn, in die Verfassung zu schreiben: „ $2+2=5$ “. Wenn wir uns analog zum kategorischen Imperativ von Kant eine Welt vorstellen, in der alle Länder eine Schuldenbremse haben, und wenn dann die Rechnung nicht aufgeht – dann muss irgendetwas falsch an dieser Schuldenbremse sein.

PWP: Aber wie soll der Staat ein solches komplexes Schuldenmanagement praktisch zuwege bringen, angesichts der kognitiven Begrenztheit und der Eigengesetzlichkeiten des politischen Prozesses? Wie kann man sicherstellen, dass hier wirklich verantwortlich gehandelt wird?

Weizsäcker: Das muss man neu durchdenken. Wir haben es hier schließlich auch mit einem relativ neuen Problem zu tun. Die Savings-glut-Hypothese ist eine Entdeckung der neunziger Jahre. Erst nachdem die USA mittels einer enormen Staatsverschuldung das Wetttrüben gegen die Sowjetunion gewonnen hatten und China die Marktwirt-

schaft für sich entdeckt hatte, konnte das Phänomen der Savings glut Gestalt gewinnen. Wir müssen jetzt unser Denken und unsere Institutionen auf diesen Befund einrichten. Wenn wir die Freiheit des Kapitalverkehrs aufrechterhalten wollen, müssen wir das Problem kooperativ international lösen, im Kreis der G20. Der einzelne Staat allein könnte sich immer damit aus der Affäre ziehen, dass er einen Exportüberschuss erzielt. Die Schweiz, die in Europa mit der Schuldenbremse angefangen hat, löst das Problem mit einem riesigen Exportüberschuss. Er beträgt derzeit etwa 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Schweizer exportieren somit ihre Sparüberschüsse ins Ausland. Aber um es noch einmal klar zu sagen: Es ist in der Tat eine Frage, ob die Politik diese Erkenntnisse kognitiv verarbeitet und verantwortlich damit umgeht. Die Gefahr, dass sie daraus bloß vulgärkeynesianische Folgerungen zieht, ist groß.

PWP: *Wie aber soll die Regierung handeln, wenn sie denn Ihre These akzeptiert? Einerseits hat sie sich darauf festgelegt, Glaubwürdigkeit zu demonstrieren bezüglich der eigenen Fähigkeit, Haushalte zu konsolidieren, auf einen von der Öffentlichkeit so empfundenen seriösen Pfad zurückzukehren. Andererseits läuft sie damit möglicherweise in eine Politik hinein, die nach Ihrer Einschätzung langfristig so nicht zu halten ist. Was ist angesichts dessen Ihre Empfehlung?*

Weizsäcker: Die Empfehlung wäre, einen internationalen fiskalischen Rahmen zu schaffen. Im Rahmen der G20 sollten Verfassungsbestimmungen wie die Schuldenbremse unter den Vorbehalt gestellt werden, dass das weltwirtschaftliche Gleichgewicht bei Prosperität erhalten bleibt. Hierfür muss man Regeln schaffen, die zum Beispiel darin bestehen können, dass das Kapitalmarktzinsniveau und irgendein Indikator für die Prosperität der Volkswirtschaft, eventuell angehängt an die vom IWF geschätzten Wachstumsraten, mit in die jeweilige Fiskalpolitik einbezogen werden müssen.

PWP: *Ist das angesichts der unterschiedlichen Prioritäten der Wirtschaftspolitik und der Sensibilitäten der Bevölkerungen in den verschiedenen Ländern nicht völlig unrealistisch? Zunächst bräuhete man dafür eine transatlantische Einigung. Schon mit dieser dürfte es schwierig werden. Der anglo-amerikanische Mainstream, dem Ihre Position entspricht, ist dem Ansatz der deutschsprachigen Länder völlig entgegengesetzt. Sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik. Und wenn man dem noch das neomerkantilistische China gegenüberstellt, dann zeigt sich international ein fundamentaler Dissens, der eine solche Einigung, wie sie Ihnen*

vorschwebt, mehr als Vision denn als konkreten Vorschlag qualifiziert.

Weizsäcker: Natürlich ist das so. Als Adam Smith sein Buch „The Wealth of Nations“ schrieb, war auch nicht ein Jahr später schon aller Merkantilismus beseitigt. Das hat ja noch fast ein Jahrhundert gedauert. So etwas geht nicht von heute auf morgen.

PWP: *Ihre Theorie ist unter liberal denkenden Ökonomen im deutschsprachigen Raum nicht gerade mit Freude aufgenommen worden. Was meinen Sie, wird sich dieses Meinungsbild im Laufe der Zeit ändern? Oder bleibt in diesem Lager eine historisch begründete Uneinsichtigkeit – einmal unterstellt, dass Sie mit Ihrer Analyse überhaupt Recht haben?*

Weizsäcker: Ein bedeutender Naturwissenschaftler hat einmal gesagt, die richtige Theorie setze sich dadurch durch, dass die Anhänger der falschen Theorie aussterben, nicht dadurch, dass man sie überzeugt.

PWP: *Sie vertreten eine mikroökonomisch-marktwirtschaftliche Position, die aber ähnlich wie Keynes fundamentale makroökonomische Ungleichgewichte in den Blick nimmt. Doch die deutsche ordnungspolitische Tradition nach dem Krieg hat immer das Plädoyer für die Marktwirtschaft wegen deren mikroökonomischer Effizienz kombiniert mit einer makroökonomischen Stabilitätsdoktrin, die gewissermaßen pragmatische Rückkopplungen und Anpassungen unmöglich macht.*

Weizsäcker: Das war damals aber auch vollkommen richtig. Als Eucken seine „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ schrieb, war die Situation noch eine ganz andere. Da gab es das Problem noch gar nicht, das ich ins Zentrum meiner Analyse stelle. Die Demographie war damals eine völlig andere. Der Zusammenhang, den ich betone, entsteht erst durch den langen dritten Lebensabschnitt, eine relativ junge Errungenschaft der Menschheit.

PWP: *Wenn es darum geht, der Politik komplexe Zusammenhänge wie die eben beschriebenen nahezubringen, stellt sich die Frage nach der Politikberatung und nach dem Verhältnis zwischen der akademischen Volkswirtschaftslehre und der Politik. Profitiert die Politik hinreichend von den Erkenntnissen der Wissenschaft? Ist die Politikberatung so effizient, wie sie sein sollte?*

Weizsäcker: Ökonomische Politikberatung ist primär Politikberatung der Öffentlichkeit und weniger eine Bera-

tung der politischen Organe, der Regierung und des Parlaments. Dadurch, dass es eine Diskussion gibt, dass wir uns streiten, auch untereinander, bekommt die Öffentlichkeit ein Stück weit mit, wie man um die Wahrheit ringen muss und wo sie vielleicht liegt. Man sollte nicht vergessen, dass das, was Ludwig Erhard in der Nachkriegszeit in Deutschland in die Praxis umgesetzt hat, insbesondere von den Denkern der Freiburger Schule schon während der Kriegszeit vorausgedacht worden ist. Ihr Konzept war eine Antwort auf die Wirtschaftspolitik eines totalitären Regimes, es war zugleich aber auch Gegenentwurf zur vorherrschenden Meinung. Dieses hat sich dann später – sicher begünstigt durch glückliche Umstände und durch den Einfluss der Amerikaner – umsetzen lassen in praktische Politik. Dieses Muster bestätigt sich immer wieder: Die Gedanken, die Ökonomen entwickeln, beeinflussen die Öffentlichkeit. Das kann allerdings länger dauern.

PWP: *Aber haben wir die richtigen Transmissionsriemen zwischen den Sphären? Funktionieren unsere Institutionen der Politikberatung?*

Weizsäcker: Was die offiziellen Gremien betrifft, ist man häufig frustriert. Bestimmte Auffassungen werden da oftmals gar nicht vertreten. Natürlich ist auch die Auswahl der Mitglieder dieser Gremien der Opportunität der jeweiligen Entscheider geschuldet; daran besteht kein Zweifel. Die Personalentscheidungen etwa beim schon genannten WBGU sind ein Beispiel. Jemand mit meinen Auffassungen hat gar keine Chance, in ein solches Gremium gewählt zu werden. Aber diese Gremien, auch die großen Wirtschaftsforschungsinstitute, die von Ministerien Aufträge bekommen, entfalten ohnehin nur echten Einfluss, wenn die große Mehrheit der Fachkollegen dahinter steht.

PWP: *Die Politik wünscht sich zumeist möglichst einhellige Stellungnahmen. Nichts scheint ihr unangenehmer zu sein als ein kontroverser Diskurs. Man hört da häufig die Aufforderung, die Wissenschaft solle sich einigen, sonst könne man sie nicht ernst nehmen.*

Weizsäcker: Das ist klar. Das Kind möchte eindeutige Regeln haben. Um zwölf Uhr wird gegessen. Was auf den Tisch kommt, wird gegessen. Und so weiter. Das ist in der Kindererziehung ganz sinnvoll und in der Politik nicht viel anders. Die Politik, aber auch die Öffentlichkeit schätzt einfache Aussagen. Nicht nur von den Wirtschaftswissenschaftlern, sondern auch von Naturwissenschaftlern, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Frage der Kernenergie. Wenn das nicht ohne weiteres möglich ist, weil die Fragen

so schwierig sind, dann müssen Politik und Öffentlichkeit damit eben leben.

PWP: *Was sollten Politik und Öffentlichkeit von einem Ökonomen nie erwarten?*

Weizsäcker: Endgültige Wahrheiten.

PWP: *Wie steht es aber mit dem Engagement im öffentlichen Diskurs? Wir leben in einer Zeit der massiven Kapitalismuskritik. Es fällt auf, dass sich die Ökonomen in diesem Diskurs, in dem es um grundlegende Fragen der Marktwirtschaft geht, sehr zurückhalten. Vernachlässigt die Profession da nicht eine wichtige Aufgabe?*

Weizsäcker: Ja, wir brauchen auch im eigenen Fach wieder eine Fundamentaldiskussion über die Marktwirtschaft und die Ordnungspolitik. Die Ökonomen, die sich nur mit ihren wissenschaftlichen Spezialproblemen oder mit den gerade akuten wirtschaftspolitischen Beratungsthemen befassen, gehen schlicht von der Prämisse aus, dass es zum Kapitalismus keine Alternative gibt. Also brauche man darüber auch nicht zu diskutieren, meinen sie. Das ist aus meiner Sicht eine höchst gefährliche Position. Wir können keineswegs voraussetzen, dass die öffentliche Meinung dem marktwirtschaftlichen Grundprinzip durch dick und dünn weiter folgen wird. Wir haben schon lange in der Realität besichtigen können, dass immer dann, wenn ein Problem aufkommt, reflexartig nach dem Staat gerufen wird. Daraus folgt eine stückweise Verstaatlichung von immer mehr Lebensbereichen. Schon das ist gefährlich. Und wenn wir uns nun durch eine verfehlte makroökonomische Politik in eine schwierige Situation der Weltwirtschaft manövrieren, dann ist absehbar, dass die Kapitalismuskritik umso virulenter wird. Wir haben das im Gefolge der Finanzkrise erlebt, die im Jahr 2008 ausbrach: Danach hat die Kapitalismuskritik massiv zugenommen, zum Teil mit vollkommen blödsinnigen Argumenten, die aber erhebliche Resonanz fanden.

PWP: *Was folgt daraus?*

Weizsäcker: Es folgt daraus, dass man für Erfolge sorgen muss. Das gedeihliche Funktionieren der Weltwirtschaft auf marktwirtschaftlicher Basis ist sozusagen die Abkürzung, wie man die Bevölkerung hinter das marktwirtschaftliche Prinzip bekommt. Oder, anders gewendet: Das phantastische Versagen der Zentralverwaltungswirtschaft hat dazu geführt, dass niemand, abgesehen von Mitgliedern kleiner Sekten, mehr zu diesem System zurückkehren will. Das heißt nicht, dass jedermann versteht oder auch nur

verstehen muss, wieso es versagen musste. Auf jeden Fall ist die Rückkopplung zwischen dem Erfolg des Systems aus der Sicht des Publikums und der Bereitschaft, den eigenen Kopf zu öffnen und zu akzeptieren, dass es sich um ein gutes System handelt, sehr eng. Wir sehen das in allen Ländern. Die marktwirtschaftlichen Reformen von Margaret Thatcher waren zunächst einmal gar nicht populär. Sie hatte das politische Glück, dass der Falkland-Konflikt aufkam, wo sie sich als Oberkommandierende der Royal Navy in Szene setzen konnte, um die nächste Wahl auch noch zu gewinnen. Erst danach kamen die Früchte ihrer Politik in der breiten Öffentlichkeit an und wurden überhaupt zur Kenntnis genommen. Nur deshalb konnte sie und konnten ihre Nachfolger ihre Politik über längere Zeit fortsetzen. Eine ähnliche Lehre lässt sich aus dem Erfolg von Ludwig Erhard ziehen. Wenn er zehn Jahre gebraucht hätte, um das Wirtschaftswunder hervorzurufen, dann hätte man ihm das nicht durchgehen lassen. Man benötigt für eine marktwirtschaftliche Politik eine relativ schnelle Rückkopplung ihres Erfolgs. Andererseits: dass Deutschland heute im europäischen Vergleich gut dasteht, ist eine späte Frucht Erhard'scher Politik. Ohne Erhard's Erbe hätte man jedes insolvente Großunternehmen gerettet und die Disziplin des Wettbewerbs wäre verlottert. Zwischen dem politischen Erfolg und dem Gesamterfolg einer marktwirtschaftlichen Politik klafft eine große Zeitlücke.

PWP: *Es besteht also ein Fundamentalarisiko, dass wir ohne die richtigen Instrumente in eine Ungleichgewichtssituation driften, die den Kapitalismus weiter diskreditiert.*

Weizsäcker: Solange das weltwirtschaftliche Wachstum hinreichend positiv ist, glaube ich nicht, dass wir wirklich auf ein großes Problem zusteuern. Es gibt schließlich schon jetzt einen Anpassungsmechanismus, der zum Tragen kommt. Man denke nur an Länder wie Indien. Wegen der niedrigen Zinsen in den Vereinigten Staaten und im Euro-Raum ist seinerzeit viel Geld in die Schwellenländer geflossen. Und nun fließt es, in der Erwartung, dass die Zinsen in Amerika wieder steigen könnten, wieder zurück. Das hat dazu geführt, dass die Währungen von Ländern mit einem Leistungsbilanzdefizit wie Indien massiv abgewertet wurden. Es gibt auf dem Währungsmarkt einen Selbstheilungseffekt, der dazu führt, dass der Exportabsatz dieser Länder in der Welt steigt und umgekehrt der Absatz der Welt in diesen Ländern sinkt. Das Problem, dass diese Länder über ihre eigenen Verhältnisse gelebt haben, wird über den Wechselkurs ein Stück weit automatisch gelöst. Es wird zum Beispiel noch mehr Verlagerungen von Aktivitäten, die über Internet gesteuert werden können, aus den reichen Ländern nach Indien geben. In-

sofern werden sich die Probleme dort zum Teil von selber lösen.

PWP: *Noch einmal zurück zum verbreiteten Schweigen der Ökonomen in der Kapitalismusdebatte. Diese Debatte wird längst von Vertretern der sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen dominiert. Es scheint, als hätten wir die Anschlussfähigkeit an diese, allen voran an die Sozialphilosophie, die Politikwissenschaft und die Soziologie verloren. Stecken wir in einer Spezialisierungssackgasse, aus der heraus wir die großen gesellschaftlichen Fragen gar nicht mehr umfassend bearbeiten können?*

Weizsäcker: Die Krankheit der Scheuklappen gibt es natürlich. Die gibt es in jeder Wissenschaft. Die Anwendung der Wissenschaft ist immer interdisziplinär, aber die Wissenschaft als solche muss nach dem berühmten Smith'schen Prinzip der Arbeitsteilung stets disziplinär sein. Gute Wissenschaft setzt Disziplin voraus, Disziplin im doppelten Sinn dieses Wortes. Die „Normal science“, um Thomas Kuhn zu zitieren, ist eben so, dass sie sich stark spezialisiert. Gerade Ökonomen müssen das wissen; die Ökonomie ist schließlich die Wissenschaft von der Arbeitsteilung. Arbeitsteilung ist eine Erscheinung, die enorme Produktivität schafft. Das gilt auch in der Wissenschaft selbst. Aber natürlich bringt das immer die Gefahr mit sich, dass man zu schmalspurig vorgeht. Mir scheint jedoch, dass neuerdings gerade in der öffentlichen Wahrnehmung immer mehr gerade jene Wissenschaftler punkten können, die ihre engen Fachgrenzen überspringen. Das zeigt nicht zuletzt das neue Ökonomen-Ranking der F.A.Z. Wissenschaftlich scheint insbesondere die Verbindung der Ökonomie mit der Psychologie zu gelingen. Weniger gut klappt die Verbindung mit der Soziologie, was wohl daran liegt, dass dort – im Gegensatz zu Psychologie und Ökonomie – der methodologische Individualismus noch nicht angekommen ist. Grundsätzlich scheint aber die Botschaft gehört zu werden, dass sich die Ökonomie mehr für ihre Nachbardisziplinen interessieren muss. Man denke nur an Reinhard Selten. Selten kritisiert die neoklassische Engführung schon seit Jahrzehnten und versucht mit seiner eigenen experimentellen Arbeit, die hergebrachten Grenzen zu sprengen. Aber er sagt selbst: da ist noch viel zu tun.

PWP: *Die öffentliche Wahrnehmung, dass die Ökonomen in ihrem Elfenbeinturm vor sich hin forschen und die Realität mitsamt den großen Debatten gar nicht mehr zur Kenntnis nehmen, stimmt also nicht.*

Weizsäcker: Nein, sie nehmen sie sehr wohl zur Kenntnis, aber natürlich mit einem theoretischen Hintergrund, den

man dazu auch braucht. In der öffentlichen Wahrnehmung zeigt sich nur das uralte Leiden an der Arbeitsteilung. Lassen Sie mich eine Parallele ziehen. Auch die ärztliche Kunst ist spezialisiert. Es gibt Chirurgen, die ein bestimmtes Organ hervorragend operieren können. Die Patienten rufen allerdings immer wieder nach einer ganzheitlichen Medizin. Man leidet an der starken Spezialisierung der ärztlichen Disziplin und schimpft darüber, dass man von einem Arzt zum anderen geschickt wird, aber man nimmt die Segnungen des mit der Arbeitsteilung verbundenen medizinischen Fortschritts gern in Anspruch, zumal man nicht selber dafür bezahlen muss. Das Leiden an der Arbeitsteilung gab es auch schon in der Romantik. Die Romantik war nichts anderes als eine Antwort auf Adam Smith. Die Denker der Romantik wollten die Moderne rückabwickeln und sehnten sich ins Mittelalter zurück.

PWP: *Ärzte sprechen meistens aber noch eine gemeinsame Sprache. Ökonomen und politische Philosophen oder Soziologen hingegen scheinen kaum noch eine gemeinsame Sprache zu finden. Und damit haben die Ökonomen die Deutungshoheit über ihren eigenen Gegenstand verloren.*

Weizsäcker: Das ist richtig. Das bedauere ich auch und versuche meinen Teil dazu beizutragen, dass sich das ändert. Die Verknüpfung der Ökonomie mit der Sozialphilosophie muss besser werden. Ich bin sehr dafür, dass man in unserem Curriculum die sozialphilosophischen Themen stärkt.

PWP: *Sie beschäftigen sich schon seit den siebziger Jahren mit dem Thema der adaptiven Präferenzen. Damit bewegen Sie sich genau in einem solchen Feld an der Schnittstelle zur*

Sozialphilosophie und natürlich zur Psychologie. Was treibt Sie daran so um?

Weizsäcker: Seinerzeit fühlte ich mich herausgefordert durch meine jungen marxistischen Mitarbeiter, die eine Theorie lächerlich fanden, in der die Präferenzen der Menschen als fest vorausgesetzt werden. Als Marxisten setzten sie dagegen, dass der Mensch Produkt der Gesellschaft sei, manipulierbar und auch tatsächlich manipuliert. Fixe Präferenzen waren für sie nicht nur Unsinn, sondern reine kapitalistische Ideologie. Ohne dieser Schlussfolgerung zu folgen, sah ich ein, dass an der Kritik etwas dran war, und beschäftigte mich damit. Meinen ersten Aufsatz, in dem ich adaptive Präferenzen an die Stelle von fixen Präferenzen setzte, veröffentlichte ich 1971 im *Journal of Economic Theory*. In der Zukunft ist das zur Kenntnis genommen worden, aber niemand hat etwas daraus gemacht. Ich habe die Sache dann liegen lassen, weil ich mich mehr um angewandte Themen kümmern wollte, und habe sie erst vor zwölf Jahren wieder aufgenommen. In meiner Thünen-Lecture vor dem Verein für Socialpolitik im Jahr 2001 in Magdeburg habe ich das Thema fortgeführt. Aber heute bin ich natürlich viel weiter.

PWP: *Was bedeutet diese Korrektur einer unrealistischen Annahme, der modelltheoretische Übergang von fixen zu adaptiven Präferenzen?*

Weizsäcker: Man muss erst einmal verstehen, warum der Mainstream so lange an der Annahme fixer Präferenzen festgehalten hat. Der Grund ist, dass man damit normative Ökonomik betreiben kann, also das, was wir „Welfare economics“ nennen. Man sah keinen rechten Weg, wie



man, wenn man von fixen Präferenzen abrückt, den „normativen Individualismus“, um Viktor Vanberg zu zitieren, beibehalten kann, den wir aber brauchen, wenn sich die Forschung auf ein rechtsstaatliches System bezieht, in dem Ansprüche individualisiert sind. Das hat mich dazu geführt, die Hypothese der adaptiven Präferenzen zu formulieren. Ich verwende dabei allerdings den Begriff der Präferenzen anders als traditionell üblich. Lassen Sie mich eine Analogie bringen, die das verdeutlicht. In der Malerei wurden über Jahrtausende Farbleckse auf eine Leinwand gebracht, die immer inhaltlich gefüllt waren. Da war beispielweise hier ein blauer Fleck, das war der Mantel der Maria. Und dort war noch ein blauer Fleck, der Himmel, der damit korrespondierte. Und so weiter. Man kann aber auch anders vorgehen, und das haben Wassily Kandinsky und andere getan. Sie haben die abstrakte Malerei erfunden, das heißt sie haben inhaltsfreie Bilder gemalt, in denen es nur noch Form und Farbe gab. Sie haben die Farbe von ihrer Assoziation mit einem bestimmten Inhalt befreit.

PWP: *Und so gehen Sie mit den Präferenzen um? Was heißt das?*

Weizsäcker: In der positiven Theorie nach traditioneller Art – auch dort, wo heute in der experimentellen Forschung der Begriff der Präferenzen noch eine Rolle spielt – versucht man die Präferenzen im Gehirn zu verankern. Man untersucht, welche Gehirnströme zu welchen Präferenzen führen. Man macht also eine Kausalanalyse der Präferenzen. Das ganze Modell der positiven Ökonomik ist damit ein Modell der Kausalerklärung des menschlichen Verhaltens. Ich aber gehe anders vor. Mich interessiert die normative Theorie, und dort steht der Begriff der Freiheit im Zentrum des Interesses. Mit dieser Position verbindet sich der Grundsatz, dass das, was ein Mensch im Rahmen seiner rechtlichen Möglichkeiten tut, durch die Mitmenschen, durch die Gesellschaft eo ipso legitimiert ist – egal, was genau er im Einzelnen tut. In diesen Zusammenhang fügt sich mein Begriff von Präferenzen ein. Um zu erklären, wie wir als Ökonomen über Freiheit nachdenken, schneide ich die Kausalkette, die zu diesen Präferenzen führt, erst einmal ab. Die Präferenzen sind da, und wenn sich der Mensch auf eine bestimmte Weise verhält, wenn er beispielsweise Bananen Äpfeln vorzieht, dann ist das legitim, egal, was die Ursache für seine Wahl ist. Das entspricht der Art und Weise, wie die abstrakte Malerei vorgeht: ich befreie den Begriff der Präferenzen von ihrer kausalen Herkunft. Gleichzeitig muss man aber, um überhaupt eine sinnvolle Theorie machen zu können, irgendeine Vorstellung davon haben, wie denn diese Präferenzen aussehen. Man muss

erkennen, dass es bestimmte Grundphänomene gibt. Das Grundphänomen, das ich aufgreife, ist dasjenige der adaptiven Präferenzen. Diese Annahme ist mit allen Abweichungen, allen „Verhaltensanomalien“, die man in der experimentellen Ökonomik relativ zum Homo oeconomicus beobachten kann, vereinbar. Man kann sie alle unter dem Generalbegriff der adaptiven Präferenzen subsumieren.

PWP: *Sehen Sie positive und normative Ökonomik in einem Spannungsverhältnis?*

Weizsäcker: Die positive Ökonomik und insbesondere die Behavioural economics sind eine legitime und wichtige Forschungsrichtung. Aber wenn man den Begriff der Freiheit ins Zentrum des Interesses setzen will, dann muss man eine andere Perspektive einnehmen, als es die positive Ökonomik tut. Das lässt sich an der Debatte über die Willensfreiheit besonders gut zeigen. Es gibt zwei Betrachtungsweisen: Die eine erfolgt aus dem Blickwinkel der ersten Person und die andere aus dem Blickwinkel der dritten Person. Das sind einfach unterschiedliche Perspektiven auf dasselbe Phänomen Mensch. Wenn es um Willensfreiheit geht, pflegen wir sinnvoller Weise die Betrachtungsweise der ersten Person: Ich empfinde mich selber durchaus als jemanden, der einen freien Willen hat. Der Wissenschaftler als externer Betrachter hingegen analysiert aus sicherem Abstand, wie sich der Roboter Mensch verhält – das ist die Betrachtungsweise der dritten Person, die wir in der positiven Ökonomik verwenden, im Unterschied zur normativen Ökonomik. In dieser Sichtweise kann man sogar das Vorhandensein einer Willensfreiheit leugnen. Die normative Ökonomik will in ihrer Grundintuition das Phänomen der bürgerlichen Freiheit verstehen. Und dazu dient der Begriff der Präferenzen, wie ich ihn fasse. Sie nimmt insoweit die Sichtweise der ersten Person ein.

PWP: *Sie machen da allerdings mit anderen Mitteln genau dasselbe, was die herkömmliche normative neoklassische Theorie gerade mit der Fiktion der fixen Präferenzen zu tun versucht hat, wenn auch nach Ihrer Auffassung mangelhaft: Nämlich die Genese der Präferenzen auszublenden, aus Respekt vor der Freiheit und Würde des Individuums. Dass Präferenzen wirklich stabil seien, hat doch nie jemand geglaubt. Das war nur eine bewusst gewählte Abstraktion, die dazu diente, dass man sich mit ihnen nicht befasst. Warum halten Sie die Annahme fixer Präferenzen für eine schlechte Annahme?*

Weizsäcker: Sie ist an sich keine schlechte Annahme. Schon insofern nicht, als man damit schöne Modelle machen kann. Die Idee der Neoklassik war: Wir praktizieren

auch hier Arbeitsteilung. Die Psychologen erklären, wo die Präferenzen herkommen, und die Ökonomen setzen die Präferenzen voraus und denken dann über die Frage nach, wie Menschen zusammenleben, die solche Präferenzen haben. Das ist durchaus fruchtbar und solange nicht problematisch, wie die Faktoren, die die Präferenzen beeinflussen, nichts mit der Ökonomie zu tun haben. Dass wir bei Sonnenschein bessere Laune haben als bei Regen, ist kein Problem für die Neoklassik. Dass wir uns im Winter wärmere Kleider wünschen als im Sommer, ist ebenfalls kein Problem für die Neoklassik. Ein Problem ist es aber, wenn das, was als Ergebnis des Wirtschaftens herauskommt, beispielsweise die Produkte, die Unternehmen herstellen, eine Rückwirkung auf die Präferenzen hat. Wenn es eine prägende Rückwirkung vom Konsum auf die Präferenzen gibt, kann das herkömmliche Modell nicht die richtigen Antworten geben.

PWP: *Herbert Giersch sprach in diesem Zusammenhang immer vom „Laspeyres-Paasche-Problem“. Er sagte von sich, er sei ein „Paasche“-Mensch, weil er sich selber adaptive Präferenzen unterstellte. Er lebte lieber mit der jeweils neuen als mit der alten Produktwelt. Er empfand die Verwendung des Laspeyres-Preisindexes als Ergebnis eines unausrottbaren Konservatismus.*

Weizsäcker: Diesen Satz von Giersch kannte ich nicht, der ist sehr schön. Ich werde ihn mir merken. Er trifft den Kern. In der bürgerlichen Gesellschaft Fortschritt zu generieren, beruht genau darauf, dass die Präferenzen in dem Sinne konservativ sind, dass sie sich an den Status Quo anpassen.

PWP: *Aber nur in diesem Sinne. Sie dürfen nicht reaktionär sein und am Anfangszustand kleben.*

Weizsäcker: Nein, sie sind nicht reaktionär, aber sie sind konservativ in dem Sinne, dass man, wenn sich der Status Quo verändert hat, dort einen neuen Ankerpunkt findet. In der Behavioural economics kennt man das als „Reference dependent preferences“. Diese scheinen sich auch empirisch zu bestätigen. Adaptive Präferenzen sind nur der umfassendere Begriff. Man ist einerseits nicht so starr, dass man sich dem Neuen versperrt und es nicht als Fortschritt empfinden kann, und man ist andererseits hinreichend konservativ, um nicht wie Hans im Glück auf dem Fortschrittspfad im Kreis herumgeführt zu werden. Der Widerstand gegen zu viel Veränderung ist wichtig, weil man sonst Gefahr läuft, irgendwelchen Gaunern auf den Leim zu gehen, die einem erklären, dass das Pferd mehr wert ist als ein Klumpen Gold, ganz wie es Hans im Glück

erging. Diesen konservativen Widerstand braucht man. Er bedeutet einen Überlebensvorteil, weil er die Übervorteilung durch andere erschwert.

PWP: *Um es noch einmal festzuhalten: Die Notwendigkeit, sich überhaupt diese Gedanken zu machen, kommt aus dem Normativen. Ansonsten könnte man mit der Annahme fixer Präferenzen gut leben, wenn es nicht das Phänomen des Wachstums und einer sich stetig ändernden Produktwelt gäbe, über das wir ein normatives Urteil fällen wollen. Schließlich will man beurteilen können, ob die spätere Welt besser ist als die frühere, ob es also Fortschritt gibt. Darauf kann man mit der traditionellen Theorie keine Antwort geben. Mit Ihrem Ansatz aber können wir erstmals über Wachstum als normatives Phänomen reden. Wachstum und Fortschritt bedeuten nicht zuletzt, dass, über mehrere Generationen geblickt, kaum ein Produkt noch dasselbe ist. Eine Person aus dem Jahr 1913 würde mit der heutigen Produktwelt kaum klarkommen – und zwar deshalb, weil sie den essentiellen Prozess der Präferenzanpassung nicht mitmachen konnte. So gefasst kann man übrigens auch die Planwirtschaft als den totalitären Versuch interpretieren, den Prozess der Präferenzanpassung zu unterbinden und die Produktwelt zu arretieren. Und damit wurde der Fortschritt unterbunden.*

Weizsäcker: Das ist ein sehr gutes Anwendungsbeispiel. Hierzu folgendes: mein Vater, Jahrgang 1912, konnte als Mitglied der Leopoldina in Halle zur Zeit der deutschen Spaltung regelmäßig die DDR besuchen. Er tat dies insbesondere um zu helfen, die von der SED angestrebte Politisierung der Leopoldina zu verhindern. Er hatte dann auch regelmäßig Kontakt zu kirchlichen Kreisen, die in der Opposition zur SED standen. Er erzählte immer, dass diese Reisen für ihn auch Nostalgie-Trips in das Deutschland seiner Jugend gewesen seien. Denn gerade bei den der SED fernstehenden Menschen habe er die früheren Mentalitäten, Sitten und Gebräuche wieder gefunden, die im Westen und in der westlichen Warenwelt verloren gegangen seien. Aber zurück zur Theorie. Der Witz an meinem Ansatz ist, dass man mit endogen bestimmten Präferenzen, sofern sie adaptiven Präferenzen entsprechen, Fortschritt glasklar definieren und zeigen kann, dass das lokale Phänomen der adaptiven Präferenzen eine globale Eigenschaft des Präferenzen- und Güterraums impliziert: die Nicht-Zirkularität der Fortschrittspfade. Die Entwicklung über kleine Fortschritte ist nicht zirkulär. Es führt kein Weg zurück auf Start. Das ist der Schlüsselpunkt meiner Theorie. Ich verschaffe damit der Popperschen Sozialphilosophie einen Rückhalt in der axiomatischen Logik der ökonomischen Theorie.

PWP: *Hat sie den nötig?*

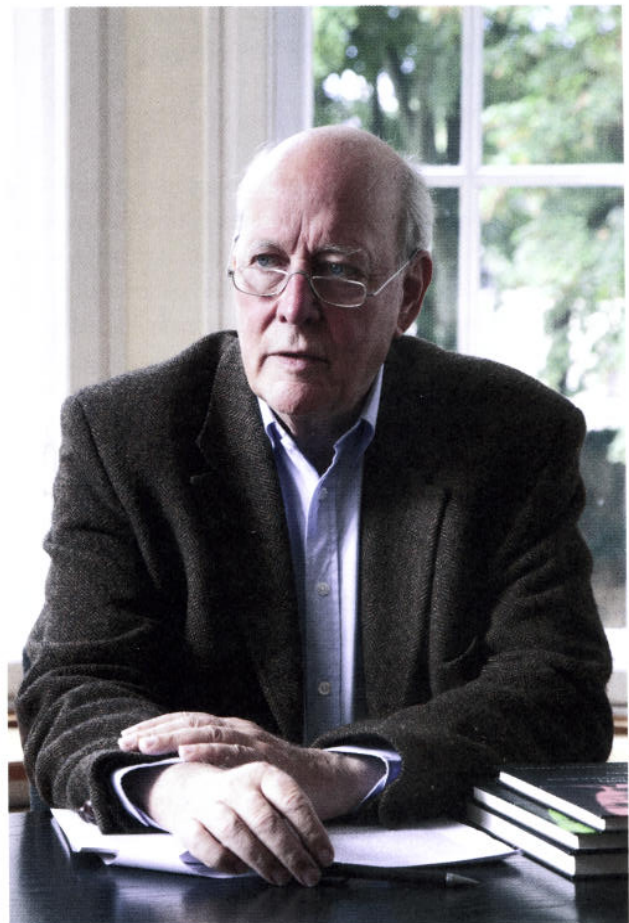
Weizsäcker: Wir können ganz allgemein in der modernen Sozialphilosophie einen Trend feststellen. Die „alte“ Sozialphilosophie, also Platon, Thomas Morus, letztlich auch Marx und seine Nachfolger, auch noch Erich Fromm, formulierten eine ideale Gesellschaft, eine „Utopie“, die weit weg von der tatsächlichen Welt war. Seit den historischen Erfahrungen des zwanzigsten Jahrhunderts, seit dem sehr konkreten Totalitarismus, ist man im Grunde von solchen Ansätzen abgekommen. An deren Stelle treten prozedurale Rezepte darüber, wie man schrittweise zu einer Verbesserung der sozialen Welt kommen sollte. Poppers „Piecemeal engineering“ als Rezept der Offenen Gesellschaft ist hier zu nennen. Hayeks Forderung, dass man sich an der Erfahrung orientieren möge, dass man von einer „Anmaßung von Wissen“ Abstand nehmen möge, ist ein anderes Beispiel. Aber auch Habermas' Theorie der „deliberativen Demokratie“ und seine Rechtsphilosophie sind prozedurale Vorschläge zur allmählichen Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände. Gleiches gilt für Amartya Sens Gerechtigkeitstheorie, deren Empfehlungen ebenfalls am jeweiligen Status Quo anknüpfen. Es wird der jeweilige Status Quo ernst genommen. Man will primär einmal verstehen, weshalb dieser Status Quo so stabil ist, wie er sich offenbar darstellt. Dann soll die jeweilige empfohlene Prozedur dazu führen, dass dieser Status Quo verbessert wird. Die Rechtfertigung der Prozedur liegt darin, dass man sich von der Einhaltung dieser Prozedur eine Verbesserung erhofft. Von keinem der mir bekannten sozialphilosophischen Ansätze scheint es mir, dass sich seine Vertreter umfassende Gedanken darüber machen, ob die vorgeschlagene Prozedur, wenn in die Tat umgesetzt, in der Summe der kleinen Verbesserungen auch eine große Verbesserung zustande bringt. Die Frage, ob die aus der jeweils vorgeschlagenen Prozedur resultierende Kette von Verbesserungen eventuell zirkulär ist und wieder zum Startpunkt zurückführt, diese Frage ist meines Wissens von den Philosophen nie gestellt worden.

PWP: *Und was kann Ihre Theorie da ausrichten?*

Weizsäcker: Diese Lücke im sozialphilosophischen Diskurs vermag meine Theorie zu schließen, jedenfalls in der Perspektive. Was ich schon heute zeigen kann, ist Folgendes. Erstens: Sind die Präferenzen eines Bürgers adaptiv, dann sind Ketten von Fortschritten immer nicht-zirkulär. Zweitens: Sind alle Ketten von Fortschritten nicht-zirkulär, dann sind die Präferenzen des betreffenden Bürgers adaptiv. Damit sind aus meiner Sicht adaptive Präferenzen eine

Grundvoraussetzung dafür, dass die prozedurale Sozialphilosophie Hand und Fuß hat; folge sie nun den Spuren von Popper, Hayek, Sen oder Habermas. Und das ist natürlich ein Plädoyer dafür, dass sich nicht nur die Ökonomen mehr mit Sozialphilosophie beschäftigen sollten, sondern auch umgekehrt die Sozialphilosophen sich mehr mit ökonomischer Theorie abgeben sollten. Denn entscheidend für eine erfolgreiche prozedurale Sozialphilosophie muss sein, dass sie von der immer nur lokalen materiellen Verbesserungseigenschaft der Prozedur auch auf globale Fortschrittseigenschaften schließen kann. Nur so kann der Fortschritts-Inkrementalismus gerechtfertigt werden, der allen prozeduralen Ansätzen in der Sozialphilosophie zugrunde liegt.

PWP: *In der heutigen Diskussion geht es allerdings immer wieder um solche Dinge wie „Metapräferenzen“ und „Nudges“, also um nichts anderes als Reinterpretationen der „wahren Präferenzen“ und gezielte Veränderungen des Adaptionsprozesses. Für den Freiheits- und für den Fortschrittsbegriff ist es aber doch von fundamentaler Bedeutung, dass man in irgendeiner Form einen Anker in den „Revealed preferences“ setzt. Wie würden Sie sich mit Ihrem*



Ansatz einordnen in das Spektrum dieser ganzen Versuche, von einfachen Präferenzen wegzukommen, und eine staatliche Manipulation einzuführen?

Weizsäcker: Das ist ein sehr weites Feld. Einerseits verzichte ich in meinem Ansatz auf globale Optimierung. Globale Optimierung bringt, wie Karl Popper in seiner „Offenen Gesellschaft“ gezeigt hat, der Tendenz nach autoritäre, wenn nicht totalitäre Strukturen mit sich. Andererseits ist die Pareto-Optimalität des Walras-Gleichgewichts das Ergebnis einer Art globaler Optimierung. Doch wie gesagt, ich verzichte darauf. Genau deshalb komme ich auf den Popperschen Ansatz, denn dort wird nicht global optimiert. Aber das bedeutet, andererseits, dass wir nicht ausschließen können, dass wir mitunter in Sackgassen geraten, aus denen sich das Individuum oder die Gesellschaft als Ganze sehr schwer tun, wieder herauszukommen. Soweit es die Individuen betrifft, ist dies das Phänomen, das zur „Nudging“-Literatur den Anlass gegeben hat. In einer solchen Situation kann man schon versuchen, Erkenntnisprozesse der Gesellschaft als Ganze in Gang zu setzen, und sei es mit Hilfe der Erziehung in der Schule, auf dass die Menschen freiwillig, wenn auch mit Hilfe anderer Leute, wieder aus der Sackgasse heraus finden oder gar nicht erst hineingeraten. Dass das möglich ist, kann ich in meiner Theorie zeigen.

PWP: *Wie das?*

Weizsäcker: Die Nudging-Leute wollen den Status Quo ändern, der bei adaptiven Präferenzen zum neuen Referenzpunkt wird. Das kann durchaus funktionieren. Allerdings fehlt dort die Verankerung des paternalistischen Eingriffs in den vorgefundenen Präferenzen der Individuen. Ich kann für viele Fälle eine Verankerung insofern liefern, als ich diesen Eingriff gedanklich in eine Art hypothetisches Kreditgeschäft verwandeln kann, das der Bürger, der in der Sackgasse steckt, freiwillig akzeptiert. Damit stelle ich einen nicht-paternalistischen Test für die Legitimität eines Nudging-Eingriffs zur Verfügung. Für die Gesellschaft als Ganze kann es ebenfalls Sackgassen geben. Und hier lauern Gefahren der Überzentralisierung. Wenn es eine Art „Primat der Politik“ gibt, wenn also alle wichtigen Entscheidungen von einer zentralen, aber demokratisch legitimierten Instanz gefällt werden, dann

führt der mit den adaptiven Präferenzen verbundene Präferenzkonservatismus dazu, dass die demokratischen Entscheidungen ganz überwiegend zugunsten des Status Quo ausfallen. Die Gesellschaft ist dann der Tendenz nach eine Stagnationsgesellschaft. Fallen jedoch bedeutsame Entscheidungen dezentral, also entweder über den Markt oder über ein dezentral aufgebautes Wissenschaftssystem, dann bedarf eine Veränderung meist nicht der Zustimmung durch die Mehrheit. Der Schumpetersche Innovator, der talentierte Wissenschaftler, sie schaffen Neues, ohne die Mehrheit zu fragen. Wenn ein guter institutioneller Rahmen gegeben ist, stellt diese Veränderung dann in der Regel Fortschritt und nicht Rückschritt dar. Der Aufwand für ein neues Produkt wäre in einer Mehrheitsabstimmung nicht genehmigt worden. Wird das Produkt auf dem Markt eingeführt, wird es möglicherweise wegen der durch dieses Produkt selbst induzierten Präferenzänderung angenommen und für den Unternehmer ein rentables Geschäft. Adam Smith erklärte die Durchsetzung der Arbeitsteilung mit dem Entstehen von Märkten. Marx folgte ihm, indem er den Kapitalismus als historisch notwendiges Durchgangsstadium verstand, dessen Funktion es ist, die schlummernden Produktivkräfte der Arbeit mittels ihrer „Vergesellschaftung“ zu wecken. Mit dieser Vergesellschaftung der Arbeit meinte er ihre Transformation in ein System der Arbeitsteilung. Meine Theorie schließt hier an, indem sie auf der Basis der Annahme adaptiver Präferenzen einerseits zeigt, dass die Präferenzen hinreichend konservativ sind, um einen Fortschritts-Inkrementalismus zu rechtfertigen, und andererseits in der Tradition von Adam Smith zeigt, dass Fortschritt ein hohes Maß an Dezentralität in der Gesellschaft voraussetzt.

PWP: *Wo steuern Sie mit Ihrer Theorie am Ende hin?*

Weizsäcker: Ich plane eine theoretische Neubestimmung des Konzepts der „Sozialen Marktwirtschaft“. Diesem Konzept haben wir ja sehr viel zu verdanken. Aber der Begriff ist heute sehr schwammig geworden. Ganz unterschiedliche Programme reklamieren die „Soziale Marktwirtschaft“ für sich. Ich hoffe, dem Konzept wieder klare Konturen zu geben, indem ich hier die Erkenntnisse aus der Theorie der adaptiven Präferenzen nutze.

Mit Carl Christian von Weizsäcker sprachen Karen Horn und Karl-Heinz Paqué. Fotos von Edgar Schoepal.

Zur Person

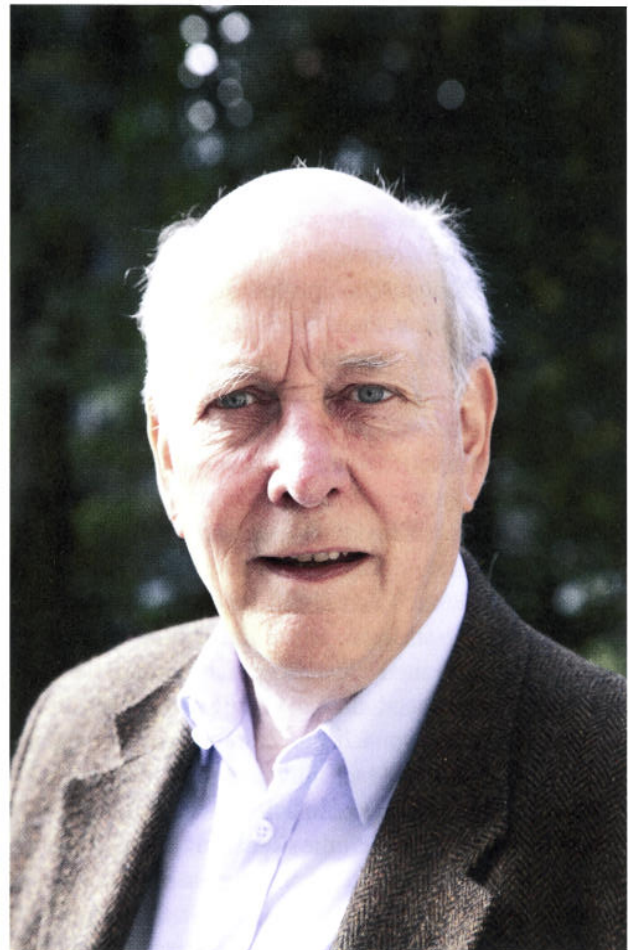
Die Ästhetik der mathematischen Ökonomie

Carl Christian von Weizsäcker

Carl Christian von Weizsäcker, geboren 1938 in Berlin, stammt aus einer Gelehrtenfamilie. Ursprünglich wollte er Jurist werden, entschied sich aber für die Ökonomie, als er im ersten Semester in Zürich auf Friedrich Lutz stieß. Das war eine Initialzündung. „Lutz war mir sehr sympathisch, weil er eine beinahe introvertierte Vorlesung gehalten hat. Lutz musste keine Reklame machen, sondern hat einfach nonchalant erzählt. Das Inhaltliche hat mich begeistert. Dass man mit Indifferenzkurven so schöne Sache machen konnte, die so bedeutsam waren für die reale Welt, und dass man Mathematik anwenden kann, um komplexe Dinge zu beschreiben, das fand ich faszinierend.“

Weizsäcker studierte von 1957 bis 1961 in Zürich, Göttingen, Hamburg, Freiburg und Basel. Im Jahr 1961 wurde er in Basel von Gottfried Bombach promoviert, mit einer Dissertation über „Wachstum, Zins und optimale Investitionsquote“. In dieser Arbeit hat er die „goldene Regel der Akkumulation“ der Wachstumstheorie entwickelt, eine Regel, die besagt, dass derjenige Wachstumspfad optimal ist, bei dem der Zinssatz mit der Wachstumsrate übereinstimmt. Zu dieser Entdeckung gelangte er nicht zuletzt durch die Ästhetik der Formelwelt: „Ich wusste die Antwort: Zinssatz gleich Wachstumsrate, das ist ein schönes Ergebnis. Jetzt suchte ich nach der Frage. Ich habe ein Jahr darüber gebrütet und bin dabei durch ästhetische Prinzipien geleitet worden“, erzählt er.

„Das Mathematische hat zwei gleichrangige Funktionen. Erstens: man verwendet präzise Begriffe. Wenn man mathematisch herauschälen muss, um was es geht, landet man in einer eindeutigen Begriffswelt. Das bringt auch Kosten mit sich, weil man viele Dinge nur noch indirekt mit der Realität verbinden kann, aber immerhin hat man klare Begriffe. Vielen anderen sozialwissenschaftlichen Fächern fehlt das; die schwimmen herum. Zweitens gibt es manchmal schöne Resultate. Das heißt: einfache Resultate.“ Die Ästhetik der einfachen Resultate strukturiert die gesamte neoklassische Ökonomie, bis hin zum berühmten ersten Hauptsatz der Wohlfahrtsökonomik, nach dem ein Walras-Gleichgewicht immer auch pareto-optimal ist. „Das hat ästhetischen Reiz und dadurch enorme Wirkung, unabhängig von der Frage, ob es etwas mit der realen Welt zu tun hat“, sagt Weizsäcker. Einfache Formeln sind nach Weizsäcker auch didaktisch hilfreich. „Einfache, einfache



formulierte, wenn auch nicht einfach abgeleitete Ergebnisse sind ungeheuer wichtig als Pflöcke, die man einschlägt, um das eigene Wissen um das Fach zu stabilisieren.“

Nach der Promotion ging Weizsäcker mit einem Forschungsstipendium an das Massachusetts Institute of Technology (MIT). Dort prägten ihn die Amerikaner Paul Samuelson, Robert Solow und Kenneth Arrow in seiner Arbeit. Bei einem späteren Aufenthalt kamen noch enge, intellektuell fruchtbare Freundschaften mit Franklin Fisher und Frank Hahn hinzu. Nach der Rückkehr aus Amerika arbeitete Weizsäcker am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin und habilitierte sich 1965 in Basel mit einer Schrift über den technischen Fortschritt.

Nach der Habilitation führten Weizsäcker Lehrstuhlverpflichtungen nach Heidelberg (1965–72), als Gastprofessor wieder ans MIT (1968–70), nach Bielefeld (1972–74), Bonn (1974–82), Bern (1982–86) und Köln (1986–2003). Von 1982 bis 1988 war er Mitglied im Kronberger Kreis, von 1986 bis 1998 Mitglied und von 1989 bis 1998 Vorsitzender der Monopolkommission. Seit 2003 ist er „Senior Research Fellow“ am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern in Bonn.

Weizsäcker hat sich im Laufe seiner Karriere mit vielen verschiedenen Themen beschäftigt, vom makroökonomischen Thema Wachstum bis zu den mikroökonomischen Themen wie Wettbewerbs- und Energiepolitik. Dabei hatte schlicht der Zufall die Hände im Spiel: „Wie das so ist in einer Biographie, da kommt eines ans andere“, erzählt Weizsäcker. „Ich hatte immer auch schon mikroökonomische Interessen. Zum Wettbewerb aber kam ich durch Franklin Fisher, einen führenden amerikanischen Wettbewerbsökonom. Er fragte, ob ich Lust hätte, mich in dem großen Antitrust-Prozess gegen IBM zu involvieren. Weil mich die Informationstechnologie schon immer fasziniert hat, habe ich mich in die Wettbewerbsökonomie eingearbeitet und festgestellt, dass die herkömmliche Lehre vom Wettbewerb unzureichend ist. Und das übrigens bis heute.“ Auch wenn die Makroökonomik nach den ersten Jahren nicht mehr sein Hauptbetätigungsfeld war, ist er aber immer wieder darauf zurückgekommen. So hat er sich in den siebziger Jahren dafür eingesetzt, dass die Zunft von der Friedman-Regel wekommt, wonach der Zuwachs der Geldmenge an der langfristigen Wachstumsrate des realen Sozialprodukts ausgerichtet werden soll. Anstelle dessen sollte sich seiner Meinung nach die Steuerung der Geldmenge am nominellen Sozialprodukt orientieren, wie die Federal Reserve das heute auch tut.

Wenn auch die Themenfelder in Weizsäckers Schaffen auf ersten Blick lose nebeneinander stehen, zeigt sich aus der Vogelperspektive doch eine Verbindung. Auf die Frage, wie er seinen eigenen Ansatz beschreiben würde, stutzt Weizsäcker zwar zunächst: „Diese Frage ist mir noch nie so gestellt worden.“ Aber er hat darauf eine Antwort: „Die Verallgemeinerung der neoklassischen



Ökonomie.“ Er meint das in einem hegelischen Sinne: Die These ist neoklassisch; wird mit einer Antithese konfrontiert; die Synthese hebt die ursprüngliche These mit auf. „Das Ergebnis ist eine Theorie, die auf derselben philosophischen Grundbasis argumentiert, wie es die Neoklassik gemacht hat, aber unter Berücksichtigung all der Dinge, die dem Homo oeconomicus widersprechen und in der Neoklassik zu kurz gekommen sind“. Weizsäcker strebt nach einer „neoklassischen Synthese“ in einem umfassenden Sinn, die in ihrer Universalität über die spezifische Leistung Paul Samuelsons, der das Gedankengebäude von Keynes in die Neoklassik einbaute, noch hinausreicht. (orn.)